

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge:

CDU-Ortsbürgermeister fordern endlich eine Entscheidung

Wann werden die Straßenausbaubeiträge in der Stadt Peine abgeschafft?



Die Ortsbürgermeister von Essinghausen/Duttenstedt (Günther Schmidt), Schwicheldt (Christian Bartscht), Vöhrum/Eixe/Landwehr (Ingo Reinhardt) und Schmedenstedt (Hagen Karl Werner Heuer), - auf dem Bild von links nach rechts an der Ecke Twieholzweg/Twieholzkamp - fordern die Stadt endlich zum Handeln auf. Bereits im April 2018 hatte die CDU-Ratsfraktion einen entsprechenden Antrag gestellt. In der Zwischenzeit haben alle Gemeinden im Landkreis Peine diese Beiträge abgeschafft – nur in der Stadt Peine tut sich nichts. Dabei wurde vor den letzten Kommunalwahlen, die 2021 stattfanden, eine Bürgerbefragung vom Peiner Bürgermeister Klaus Saemann in Aussicht gestellt.

Bis zu diesem Jahr fanden keine grundlegenden Erneuerungen statt; und damit wurden auch keine Anliegerbeiträge fällig. Das hat sich jetzt geändert, denn auch die Straßenbeleuchtung fällt unter die Straßenausbaubeitragsatzung (Strabs). Deshalb werden die Anlieger von Straßen in Dungenbeck und Schmedenstedt an den Kosten beteiligt. Wertvolle Zeit ist seit 2018 verstrichen, um das „Problem“ endgültig zu lösen. Die Frage, ob dafür die Grundsteuer erhöht werden soll oder nicht, hätte inzwischen geklärt werden können. Das Argument, dass der Haushalt der Stadt Peine keine Abschaffung zulasse, zieht nicht, da ein Wegfall der Straßenausbaubeiträge durchaus mit einer Erhöhung der Grundsteuer aufgefangen werden könnte. Für die beitragspflichtigen Anlieger ist der finanzielle Eigenanteil eine sehr hohe finanzielle Zusatzbelastung, insbesondere in der aktuellen Zeit.

Besonders betroffen sind die Anlieger des Twieholzweges in Duttenstedt und der Schwicheldter Straße in Vöhrum. Diese Straßen sollten nach dem letzten Straßenerneuerungsprogramm schon 2019 bzw. 2021 im Rahmen einer Grunderneuerung saniert werden. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, über eine Abschaffung der Straßenausbaubeitragsatzung zu entscheiden und stattdessen ein neues, zeitgemäßes und solidarisches Finanzierungsinstrument der Straßenerneuerung einzurichten.

In den Tageszeitungen wurde die Behauptung aufgestellt, die genannten Ortsbürgermeister würden eine Bürgerbefragung verlangen. Dies ist nicht der Fall. Bemängelt wurde, dass die Ankündigung einer Bürgerbefragung

schon sehr lange her ist und bisher noch nicht durchgeführt wurde. Die Entscheidung darüber ist eine Angelegenheit des Rates; die Ortsbürgermeister stehen der Befragung neutral gegenüber.

Des Weiteren wird behauptet, der CDU-Antrag auf Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wäre im November 2018 abgelehnt worden. Dies ist ebenfalls falsch; richtig ist, dass die Vorlage der Verwaltung nicht beraten wurde.

Im Protokoll des Finanzausschuss vom 6. Dezember 2018 ist nachzulesen: „*Herr Axmann informiert, dass man sich nach Abstimmung zwischen den Mandatsträgern der im Stadtrat vertretenen Fraktionen und Gruppen darauf verständigt habe, die Beratung der Vorlage-Nr. 291/2016 „Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 23.04.2018 auf Abschaffung der Straßenausbaubeitragsatzung“ vorerst auszusetzen. Er schlägt daher vor, die Vorlage von der Tagesordnung abzusetzen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.*“

Die SPD Schwicheldt stellt in ihrer Veröffentlichung weitere Behauptungen auf, die nicht den Tatsachen entsprechen: In den Antrag der CDU aus 2018 würde vorgeschlagen, die Grundsteuer entsprechend zu erhöhen. Das war kein Vorschlag, sondern nur das Aufzeigen einer Möglichkeit, den Ausfall der Einnahmen zu kompensieren. Selbstverständlich schaffen es viele andere Gemeinden, auch ohne Erhöhung der Grundsteuer die Ausgaben aus Ihrem regulären Haushalt zu bestreiten. Grundsätzlich gilt, dass der Straßenbaulastträger (der, dem die Straße gehört) auch die Kosten tragen muss.

Wenn Eigentümer und Mieter gleichermaßen als Anlieger für „ihre“ Straße bezahlen müssen, ist dies ein Stück Gerechtigkeit, denn alle nutzen die Straße. Und wenn argumentiert wird, dass sich der Wert der Immobilie erhöht, erhöht sich auch der Mietwert. Warum sträubt sich die SPD gegen eine gerechte Lösung? Denn darum geht es, und nicht um Klientelpolitik!

Es klingt wie Hohn, wenn behauptet wird, eine Vorlage zur Bürgerbefragung wäre „bereits“ in Arbeit, fast sechs Jahre (2018!) nach dem Antrag und mindestens drei Jahre nach der Ankündigung der Befragung!

Wenn behauptet wird, dass die CDU den Straßenausbaubeiträgen für den Echternplatz und in Dungenbeck und Schmedenstedt zugestimmt habe, ist dies nicht richtig! Beiden genannten Vorlagen geht es um Baumaßnahmen und deren Umsetzung, die entweder befürwortet werden oder auch nicht. In der Vorlage kann man sich nicht herauspicken, was man möchte und was nicht. Mit einem „Nein“ wäre die ganze Maßnahme abgelehnt worden. Außerdem ist in der Vorlage zum Echternplatz angekündigt worden: „*Eine separate Ratsvorlage zur Erhebung und Zusammensetzung der Straßenausbaubeiträge wird nach Erarbeitung des Leistungsverzeichnisses zur Beratung in die politischen Gremien gegeben.*“

Dies lässt auch eine rückwirkende Befreiung zu; ebenso gibt es Lösungen bei neu errichteten Häusern und deren Straßen. Vielleicht unterhält sich die SPD mal mit ihren Kollegen aus den umliegenden Gemeinden, die ALLE die Straßenausbaubeiträge abgeschafft haben, wie das geht und wie man eventuelle auftretende Probleme löst. Hier ist auch ein bisschen Flexibilität gefragt. Einfach „Nein“ zuzusagen, weil ein guter Antrag wieder einmal von der CDU kam, ist zu einfach!